

V5 Solidarität ohne Grenzen – Für Frieden und Menschenrechte in Westasien

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.02.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Unsere Grundhaltung

2 Als GRÜNE JUGEND Hamburg stehen wir für eine internationale, queerfeministische
3 und materialistische Politik, die Unterdrückung in all ihren Formen bekämpft.
4 Unser Verständnis von Solidarität ist intersektional: Patriarchat, Kapitalismus,
5 Kolonialismus und Rassismus stützen und verstärken sich gegenseitig. Unsere
6 Solidarität ist niemals selektiv, sondern unteilbar auf der Seite der
7 Leidtragenden.

8 Vorab: Der Begriff „Naher Osten“ ist eurozentristisch: Er beschreibt eine
9 geografische Region aus der Perspektive Westeuropas und reproduziert damit eine
10 koloniale Weltsicht, die andere Regionen als peripher und relativ zur eigenen
11 Mitte definiert. Als GRÜNE JUGEND Hamburg lehnen wir diesen Begriff ab und
12 sprechen stattdessen von „Westasien“ oder benennen konkret die betroffenen Orte
13 und Gebiete: Gaza, Westjordanland, Israel, Palästina.

14 Wir sind uns bewusst, dass „Nahost“ in deutschen Medien, politischen Debatten
15 und im allgemeinen Sprachgebrauch nach wie vor dominant ist. Wir nutzen ihn
16 daher gelegentlich, wenn wir uns auf mediale oder politische Diskurse beziehen,
17 in denen er verwendet wird. Dabei ist uns bewusst, dass er keine neutrale
18 Bezeichnung ist. Dieser Beschluss verwendet durchgehend „Westasien“ oder
19 konkrete geografische Bezeichnungen.

20 Der 7. Oktober und seine Folgen

21 Der Konflikt zwischen Palästina und Israel ist das Ergebnis einer
22 jahrhundertelangen, traumatischen Geschichte, die muslimische, jüdische und
23 christliche, palästinensische und israelische Menschen durch Gewalt, Vertreibung
24 und tiefgreifendes Leid geprägt hat. Vielen Menschen in Deutschland erscheint
25 der Konflikt erst seit dem 7. Oktober 2023 greifbar. Das blendet die Realität
26 und Komplexität dieser Auseinandersetzung jedoch aus und erfasst das
27 vielschichtige Leid auf allen Seiten nicht angemessen.

28 Fünf unverhandelbare Grundsätze

29 Alle unsere Analysen und Positionierungen der GRÜNEN JUGEND Hamburg zum
30 israelisch-palästinensischen Konflikt fußen auf fünf unverhandelbaren, nicht-
31 hierarchisierten Grundsätzen:

- 32 1. Wir stehen konsequent an der Seite der Zivilbevölkerung in Israel und in
33 Palästina.
- 34 2. Israels Existenzrecht und völkerrechtlich verbrieftes
35 Selbstverteidigungsrecht sind unverhandelbar.
- 36 3. Wir stehen zum palästinensischen Selbstbestimmungsrecht.
- 37 4. Wir bekennen uns uneingeschränkt zum Völkerrecht.
- 38 5. Wir stellen uns jedem Antisemitismus sowie antimuslimischem und
39 antipalästinensischem Rassismus entschieden entgegen – in der GRÜNEN
40 JUGEND, in Deutschland und weltweit.

41 Der Terror der Hamas

42 Am 7. Oktober 2023 verübte die radikal-islamistische Terrororganisation Hamas
43 einen großangelegten Terroranschlag auf Israel mit antisemitischer
44 Vernichtungsabsicht: Tausende Raketen wurden abgefeuert, mehr als 1.200 Menschen
45 ermordet, über 200 entführt und gegen israelische FLINTA*-Personen wurde
46 massivste sexualisierte Gewalt eingesetzt. Ziel waren ausschließlich
47 Zivilist*innen. Dieses Massaker stellt das schwerste Verbrechen an
48 Jüdinnen*Juden seit der Shoah dar. Wir verurteilen diesen terroristischen Akt
49 entschieden, ohne Einschränkung und ohne Relativierung.

50 Die Hamas ist eine radikal-islamistische Terrororganisation, deren Gewalt und
51 Brutalität jeglichen Grundsätzen von Menschlichkeit und Völkerrecht
52 widersprechen. Der sogenannte „Kampf“ der Hamas ist kein Kampf um Befreiung,
53 sondern ein anhaltender Akt des Terrors gegen unschuldige Menschen. Er verdient
54 keinerlei Legitimation als „Befreiungskampf“ und muss als das benannt werden,
55 was er ist: systematische Gewalt gegen Zivilist*innen. Die Hamas trägt durch den
56 bewussten Einsatz ziviler Infrastruktur – Krankenhäuser, Schulen, Wohnviertel –
57 als militärische Deckung eine direkte Mitverantwortung am Tod palästinensischer
58 Zivilist*innen und verstößt damit selbst gegen das humanitäre Völkerrecht.

59 Jüdinnen*Juden wurde über Jahrhunderte unermessliches Leid zugefügt – von
60 Pogromen bis zur Shoah. Das Vermächtnis Deutschlands als Täternation
61 verpflichtet uns zur Wahrung der universellen Menschenrechte. Wir bekennen uns
62 klar zum Existenzrecht Israels und erkennen an, dass Israel das Recht und die
63 Pflicht hat, seine Bevölkerung zu schützen – dieses Recht muss jedoch stets im
64 Einklang mit dem Völkerrecht ausgeübt werden. Gleichzeitig muss anerkannt
65 werden, dass die Gründung des Staates Israel 1948 auch mit der Nakba einherging
66 – der gewaltsamen Vertreibung und Entrechtung von über 700.000
67 Palästinenser*innen. Das Leid dieser Menschen darf nicht gegeneinander
68 aufgerechnet oder relativiert werden.

69 Das Vorgehen der israelischen Regierung

70 Wir verurteilen das Vorgehen der israelischen Regierung im Gazastreifen
71 entschieden. Das Existenzrecht Israels und die scharfe Kritik an seiner

72 Regierung sind dabei keine Widersprüche – wir unterscheiden klar zwischen dem
73 Staat Israel und den politischen Entscheidungen seiner aktuellen Regierung. Als
74 Reaktion auf den Terroranschlag begann die israelische Regierung eine
75 großangelegte Militäroperation im Gazastreifen. Diese entwickelte sich zu einem
76 brutalen Krieg, der weit über legitime Selbstverteidigung hinausgeht. Nach UN-
77 Schätzungen wurden seit Oktober 2023 zehntausende Menschen getötet und
78 hunderttausende verletzt. In Gaza herrscht eine akute Hungersnot, das
79 Gesundheitssystem ist kollabiert, und Millionen Menschen sind schutzlos auf der
80 Flucht. Die Blockade humanitärer Hilfe und das fortgesetzte Bombardement – auch
81 ziviler Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen – verletzen elementare
82 Prinzipien des humanitären Völkerrechts.

83 Auch in Gaza wurde von IDF-Soldaten, Hamas-Kämpfern und anderen bewaffneten
84 Akteuren sexualisierte Gewalt eingesetzt. Als GRÜNE JUGEND Hamburg verurteilen
85 wir jegliche Form der sexualisierten Gewalt. Unter dem Krieg leiden in erster
86 Linie nicht die Reichen und Mächtigen, sondern arme und vulnerable Menschen:
87 FLINTA*, Kinder und queere Personen sind in besonderer Weise betroffen.

88 Das anhaltende militärische Vorgehen im besetzten Gazastreifen und die
89 eskalierende Siedler*innengewalt im Westjordanland und Ostjerusalem sind schwere
90 Verstöße gegen das Völkerrecht. Diese Gewalt ist kein Randphänomen: Bewaffnete
91 Siedler werden systematisch von Armee und Polizei geschützt und begleitet und
92 genießen weitgehende Straffreiheit – sie ist Ausdruck staatlich organisierter
93 Vertreibungspolitik. Human Rights Watch (HRW) sieht deutliche Hinweise auf
94 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der IGH und die UN-
95 Generalversammlung haben wiederholt klargestellt, dass alle israelischen
96 Siedlungen im besetzten Gebiet – einschließlich Ostjerusalems –
97 völkerrechtswidrig sind, gegen die Vierte Genfer Konvention verstoßen und
98 vollständig geräumt werden müssen.

99 Einschätzung zum Völkermordvorwurf

100 Berichte von UN-Gremien, Amnesty International, Human Rights Watch und anderen
101 Organisationen weisen auf genozidale Merkmale im Vorgehen gegen Gaza hin:
102 systematische Tötung, massive Vertreibungen, gezielte Vernichtung der zivilen
103 Infrastruktur, bewusste Erzeugung von Hunger und Krankheit sowie die
104 Verhinderung humanitärer Hilfe. Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat
105 wiederholt festgestellt, dass eine reale und unmittelbare Gefahr für die
106 Existenz der palästinensischen Bevölkerung in Gaza besteht.

107 Als GRÜNE JUGEND Hamburg sehen wir zentrale Kriterien der UN-
108 Völkermordkonvention als erfüllt an. Wir sind jedoch nicht die Instanz, ein
109 abschließendes rechtliches Urteil zu fällen – dafür gibt es den IGH. Wir fordern
110 die vollständige Umsetzung seiner Entscheidungen und nehmen seine laufenden
111 Verfahren mit größtem Ernst.

112 Israelische Geiseln und palästinensische Gefangene – Menschenwürde ist
113 unverhandelbar

114 Die Hamas hat am 7. Oktober 2023 über 200 Menschen als Geiseln verschleppt –
115 Kinder, Alte, Familien. Wir verurteilen diese Entführungen auf das Schärfste:
116 Sie sind ein schweres Verbrechen gegen unschuldige Menschen und stellen eine
117 schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts dar. Die Geiseln wurden als
118 Druckmittel missbraucht, unter traumatischen Bedingungen festgehalten und viele

119 von ihnen über Monate in völliger Isolation und in ständiger Bedrohung ihres
120 Lebens gehalten.

121 Dass nun alle Geiseln freigekommen sind, ist eine Erleichterung – doch keine
122 Rückkehr zur Normalität. Die Freigelassenen tragen die Spuren monatelanger
123 Geiselhaft, psychischer Zermürbung, körperlicher Misshandlung und traumatischer
124 Erlebnisse, die sie ihr Leben lang begleiten werden. Unsere Solidarität gilt
125 ihnen und ihren Angehörigen, die viele Monate in Ungewissheit um das Leben ihrer
126 Liebsten gebangt haben. Unser tiefstes Mitgefühl gilt den Familien der Geiseln,
127 die nicht mehr lebend zurückgekehrt sind. Ihr Tod ist ein unermesslicher
128 Verlust, für den die Hamas die volle Verantwortung trägt.

129 Das unbestreitbare Leid der israelischen Geiseln rechtfertigt in keiner Weise
130 die Misshandlung palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen – und
131 umgekehrt. Leid ist nicht aufrechenbar. Internationale Organisationen wie
132 Amnesty International, Human Rights Watch und Medico International dokumentieren
133 überzeugend, dass palästinensische Häftlinge systematischer Misshandlung, Folter
134 und willkürlicher Inhaftierung ausgesetzt sind. Diese systematischen
135 Menschenrechtsverletzungen widersprechen grundlegenden Prinzipien von
136 Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und humanitärem Völkerrecht und müssen von
137 der internationalen Gemeinschaft klar benannt, geächtet und beendet werden.

138 Ablehnung von Fremdherrschaft über Gaza

139 Nur Palästinenser*innen sollten über die Zukunft Gazas und Palästinas
140 entscheiden. Als GRÜNE JUGEND stehen wir für das Selbstbestimmungsrecht der
141 Palästinenser*innen ein. Den sogenannten „Trump-Plan“, der als „Friedensplan“
142 für Westasien präsentiert wurde, lehnen wir entschieden ab. In seinem Kern ist
143 er kein Plan für Frieden, sondern ein Versuch, die Realität der Besatzung und
144 des Kolonialismus zu festigen und international salonfähig zu machen.

145 Wir lehnen ebenso den im Januar 2026 in Davos gegründeten „Friedensrat“ (Board
146 of Peace) entschieden ab, da er unseren Prinzipien von Gerechtigkeit,
147 Souveränität und demokratischer Ordnung fundamental widerspricht. Ein solcher
148 Rat würde in Gaza eine de facto neokoloniale Verwaltung etablieren: Er
149 entmündigt die lokale Bevölkerung, indem ihre politische Selbstbestimmung durch
150 die willkürliche Herrschaft eines intransparenten Gremiums externer Akteure und
151 teils autoritärer Staatsoberhäupter ersetzt wird. Die Bedingung von
152 Milliardenzahlungen für eine dauerhafte Mitgliedschaft degradiert
153 Friedenspolitik zu einem käuflichen Gut. Zudem ist der Rat als Konkurrenzprojekt
154 zu den Vereinten Nationen konzipiert und untergräbt damit mühsam erkämpfte
155 völkerrechtliche Standards. Eine Institution, die globale Konfliktlösung
156 beansprucht, während sie die Rechte der Betroffenen ignoriert, kann keine Basis
157 für einen gerechten und dauerhaften Frieden bilden.

158 Entschieden gegen Antisemitismus

159 Als GRÜNE JUGEND Hamburg treten wir entschieden gegen Antisemitismus in jeder
160 Form ein. Antisemitismus ist und bleibt ein tödliches, historisch gewachsenes
161 Unterdrückungssystem, das niemals relativiert werden darf. Antisemitismus
162 manifestiert sich in vielen Formen: als Weltbild, in dem Jüdinnen*Juden – im
163 antisemitischen Narrativ – zu „Strippenziehern“ der Welt gemacht werden, als
164 verschwörungsideologischer Antisemitismus, als israelbezogener Antisemitismus
165 und als Shoaverharmlosung.

166 Ein klares Verständnis von Zionismus ist die Voraussetzung dafür, die Debatte um
167 Zionismuskritik sachlich und differenziert zu führen. Im Kern beschreibt
168 Zionismus die nationale Bewegung des jüdischen Volkes, die das Ziel verfolgt,
169 die Selbstbestimmung und Souveränität in einem eigenen Staat im historischen
170 Heimatland Israel zu verwirklichen. Er ist damit eine Antwort auf die globale
171 Geschichte der Verfolgung und die völkerrechtliche Anerkennung des
172 Selbstbestimmungsrechts der Völker.

173 Davon ausgehend ist festzuhalten, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem
174 Staat Israel, wie bei jeder anderen Nation, grundsätzlich legitim ist.
175 Zionismuskritik, die sich auf die konkrete Regierungsführung, Siedlungspolitik
176 oder das Eintreten für palästinensische Rechte konzentriert, ist Teil des
177 demokratischen Diskurses. Auch ideologische Einwände gegen das Konzept von
178 Nationalstaaten sind als politische Position zu respektieren, solange sie
179 universell angewandt werden.

180 Die Grenze zum antisemitischen Antizionismus ist jedoch dort erreicht, wo die
181 Kritik an Israel als Projektionsfläche für judenfeindliche Ressentiments dient.
182 Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Israel durch die Anwendung von
183 Doppelstandards das Existenzrecht abgesprochen wird, das anderen Nationen
184 selbstverständlich zugestanden wird. Antisemitisch ist Antizionismus zudem dann,
185 wenn er mit Dämonisierungen arbeitet, die historische Verbindung des jüdischen
186 Volkes zur Region leugnet oder Jüdinnen*Juden weltweit kollektiv für die
187 Handlungen des Staates Israel verantwortlich macht. Unser Ziel ist ein Diskurs,
188 der politische Kritik ermöglicht, ohne dabei die Sicherheit und Würde jüdischen
189 Lebens in Frage zu stellen.

190 Der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland ist für uns nicht verhandelbar – in
191 unserer Gesellschaft, in unseren Institutionen und in unserem Verband. Wir
192 fordern, dass jüdische Menschen in Deutschland sicher leben, ihre Religion und
193 Kultur frei ausüben und ohne Angst am öffentlichen Leben teilhaben können.
194 Antisemitische Übergriffe, Bedrohungen und Diskriminierung müssen konsequent
195 verfolgt und geächtet werden.

196 Solidarität darf niemals Ausdruck oder Deckmantel für Hass, Gewalt,
197 Antisemitismus oder Rassismus sein. Wir verurteilen Versammlungen, Aussagen und
198 Texte, die radikal-fundamentalistischen Islamismus verherrlichen, zu Gewalt
199 aufrufen oder antisemitische Vorurteile bedienen.

200 Gegen die Kriminalisierung palästinasolidarischer Bewegungen

201 In Deutschland sehen wir eine alarmierende Kriminalisierung
202 palästinasolidarischer Bewegungen. Demonstrationen werden verboten, Menschen aus
203 migrantischen und muslimischen Communities werden unverhältnismäßig
204 kontrolliert, mit Polizei- und Gewaltmaßnahmen konfrontiert oder abgeschoben,
205 nur weil sie ihre Stimme gegen Krieg, Besatzung und Vertreibung erheben. Pro-
206 palästinensische Demonstrierende dürfen nicht pauschal Opfer polizeilicher
207 Repressionen werden. Meinungsfreiheit endet jedoch dort, wo Antisemitismus
208 beginnt.

209 Bildungsarbeit und Verbandsarbeit

210 Bildungsarbeit zum Westasienkonflikt muss ein Schwerpunkt unserer Verbandspraxis
211 sein – zu Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und struktureller
212 Diskriminierung. Ziel ist es, legitime Kritik an der israelischen Regierung zu

ermöglichen, ohne antisemitische Narrative zu bedienen, und über den Terror der Hamas aufzuklären, ohne antimuslimische Stereotype zu reproduzieren.

Die GRÜNE JUGEND Hamburg muss ein safer space sein, in dem sich jüdische, muslimische und migrantisierte Menschen sicher fühlen. Dafür braucht es antisemitismus- und rassismussensible Weiterbildung von Awarenesspersonen und Vorständen – unter Einbeziehung der Betroffenen, deren Perspektiven gehört und ernst genommen werden müssen.

Unsere Forderungen

Als GRÜNE JUGEND Hamburg setzen wir uns für eine Welt ohne Krieg, Leid und Vertreibung ein. Aus unserer Vision von einem gerechten Frieden leiten sich folgende Forderungen ab:

- Das Sterben muss aufhören. Der Waffenstillstand muss von allen Seiten eingehalten werden.
- Der ungehinderte, bedarfsgerechte und transparente Zugang zu humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza muss gewährleistet werden.
- Das Ende der Siedler*innengewalt und der Besatzung der Occupied Palestinian Territories (OPT).
- Förderung israelisch-palästinensischer Friedensinitiativen aus der Zivilgesellschaft. Wir solidarisieren uns mit den zivilgesellschaftlichen Protesten gegen die rechtsextreme Regierung in Israel sowie gegen die islamistische Hamas.
- Anerkennung und Einhaltung der Entscheidungen des IGH und des IStGH, einschließlich der Haftbefehle gegen Netanjahu und Galant.

Abschluss

Wir stehen auf der Seite aller Leidtragenden in Westasien. Wir setzen uns für eine Politik ein, die marginalisierte Stimmen stärkt und globale Gerechtigkeit sucht, ohne Hierarchien des Leids. Dieser Beschluss steht am Anfang eines Aufarbeitungsprozesses innerhalb des Verbandes und in den Landesverband und die Partei hinein.

Begründung

erfolgt mündlich